

6 Parteiensysteme in Westeuropa: Stabilität und Wandel

Richard Stöss, Melanie Haas und Oskar Niedermayer

Parteien und
Parteiensysteme

(...) Im Zentrum der international vergleichenden Forschung stand von Anfang an die Frage nach dem Wandel von Parteien und Parteiensystemen. „Party change“ und „party system change“ wurden lange Zeit allerdings nicht deutlich gegeneinander abgegrenzt. So ging es Kirchheimer in seinem wegweisenden Aufsatz über den „Wandel des westeuropäischen Parteiensystems“ (1965)⁶¹ im Grunde gar nicht um den Wandel von Parteiensystemen, sondern um den Wandel von Parteien, nämlich von den „individuellen Repräsentationsparteien“ über die „Massenintegrationsparteien“ hin zu den „Allerweltparteien“. Dass nicht immer säuberlich zwischen Parteien und Parteiensystemen unterschieden wurde, lag wohl daran, dass bestimmte Parteitypen als prägend für bestimmte Perioden der Parteienentwicklung angesehen wurden und auch immer noch werden⁶². Kirchheimer glaubte beispielsweise, dass die „catch-all party“ der angemessene Parteityp für moderne Industriegesellschaften darstellt, und unlängst bezeichnete Veen (1999) die Volksparteien als die „fortschrittlichste Organisationsform politischer Willensbildung“.

Perspektivenänderung in
der Parteienforschung

Die Parteienforschung löste sich jedoch allmählich von ihrer Fixierung auf die (vermeintlich maßgeblichen) großen Parteien und nahm angesichts des Aufblühens neuer (ökologischer oder rechtsextremer) oder des Wandels bestehender Parteien eine breitere Perspektive ein. Dadurch reifte die Einsicht, dass sich ein Parteiensystem nicht notwendigerweise verändert, wenn sich eine Partei von einer Honoratiorenpartei zu einer Massenintegrationspartei entwickelt. Ein Parteiensystem kann sich auch dann wandeln, wenn sich die bestehenden Parteien nicht verändern, aber eine neue Partei hinzutritt und Einfluss gewinnt.

„Parteienwandel und der Wandel von Parteiensystemen sind also zwei verschiedene Dinge, die unter Umständen gegeneinander wirken: Je schneller und nachhaltiger sich die Parteien verändern, umso stabiler bleibt womöglich das Parteiensystem (und umgekehrt)“ (Decker 1999: 349)⁶³.

⁶¹ Engl. „The Transformation of the Western European Party System“, 1966.

⁶² Vgl. dazu das Konzept „core of a party system“ von Gordon Smith (1989a: 161ff.), das neuerdings wieder häufiger Verwendung findet.

⁶³ Vgl. ebenso: Pennings/Lane 1998: 4.

Die Party-Change-Forschung hat sich jedenfalls im Laufe der Jahre verselbständigt und sich intensiv mit dem unbestreitbaren Wandel moderner Massenparteien beschäftigt. Ob der vorherrschende Parteytyp heute als „electoral-professional party“ (Panebianco 1988), als „Kartellpartei“ (Katz/Mair 1995) oder als „professionalisierte Wählerpartei“ (Beyme 2000) zu fassen ist und welche organisatorischen Veränderungen und Probleme sich im Laufe der Zeit ergeben haben⁶⁴, kann hier dahin gestellt bleiben. In dieser Einleitung soll es vielmehr um den anderen Strang, um Parteiensysteme und ihren Wandel gehen: Zunächst erfolgen einige Anmerkungen zum Forschungsstand, danach werden wir auf der Grundlage der 19 Länderkapitel dieses Bandes wesentliche Entwicklungstendenzen der westeuropäischen Parteiensysteme in der Nachkriegszeit herausarbeiten.

Party-Change-
Forschung

6.1 Zur Struktur von Parteiensystemen

Parteiensysteme lassen sich als „structures of party competition and cooperation“ (Pennings/Lane 1998: 5) beschreiben. Das Aufgabengebiet der Parteiensystemanalyse charakterisiert Wiesendahl (1989: 666f.) wie folgt:

Parteiensystemanalyse -
Definition

„Parteiensystemanalyse befasst sich mit der Gesamtheit aller relevanten Parteien eines oder mehrerer Länder, wobei die Frage nach der spezifischen *Art und Weise ihrer Koexistenz* [...], ihrer *Relation zueinander* [...] bzw. ihren *regelmäßigen Interaktionen* [...] den Untersuchungsrahmen absteckt. Ihr Ziel ist es, Konzepte zur (komparativen) Beschreibung, Unterscheidung und Klassifizierung von Parteiensystemen unterschiedlichster Formgebung hinsichtlich ihrer Struktur und Funktionsweise zu entwickeln und die Bedingungen für ihre Genese, Verfestigung, Transformation und Krise sowie die von ihnen herführenden Einflüsse und Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft zu erforschen.“

Nach Wiesendahl bestehen drei Arten von Parteiensystemanalysen: Strukturanalysen, System-Umwelt- oder Kontextanalysen sowie Funktionsanalysen. Am häufigsten finden sich Strukturanalysen. Kontextanalysen werden zumeist durchgeführt, um Strukturen bzw. Strukturwandel zu erklären. Funktionsanalysen stellen dagegen eher noch eine Ausnahme dar⁶⁵. Strukturmerkmale bzw. Eigenschaften von Parteiensystemen sind entweder auf einzelne Parteien oder auf das System insgesamt bezogen. Konstitutiv für Parteiensysteme als Analyseeinheiten sind allerdings die Beziehungsstrukturen zwischen den Parteien. Über die Frage, welche Parteiensystemeigenschaften für die Analyse eines Parteiensystems heranzu-

Drei Arten von Parteiensystemanalysen:
Strukturanalysen,
System-Umwelt- oder
Kontextanalysen und
Funktionsanalysen

64 Katz/Mair 1992 und 1994, Poguntke 2000, Webb/Farrell/Holliday 2002, Luther/Müller-Rommel 2005b.

65 Vgl. dazu Helms (1995). Er schlägt für funktional vergleichende Parteiensystemanalysen fünf wesentliche Bereiche vor: Repräsentation, Legitimation, Elitenrekrutierung, Integration und Innovation. Die Operationalisierung der von ihm genannten Indikatoren fällt allerdings sehr anspruchsvoll aus.

- Strukturmerkmale von Parteiensystemen
- ziehen sind, besteht jedoch keine Einigkeit. In der Literatur werden im Wesentlichen folgende Merkmale genannt:
- Anzahl der Parteien („Format“);
 - ideologisch-programmatische Ausrichtung der Parteien;
 - Mitgliederzahlen der Parteien;
 - Gesellschaftliche Verankerung der Parteien („Linkage“);
 - Konfliktstruktur eines Parteiensystems;
 - Stärkeverhältnisse (Wähleranteile, Mandatsanteile) innerhalb eines Parteiensystems („Fragmentierung“);
 - Stärkeverhältnisse zwischen den beiden größten Parteien („Asymmetrie“);
 - Ausmaß der Wahlbeteiligung;
 - Dominanz einer oder mehrerer Parteien;
 - ideologisch-programmatische Polarisierung zwischen den Parteien bzw. ihren Wählern;
 - Kooperationsfähigkeit der Parteien („Segmentierung“);
 - Wettbewerbsstruktur um Regierungsmacht.

Kein einheitlicher
Analyserahmen

Einige Strukturmerkmale sind zu Systemtypologien⁶⁶ verdichtet worden, andere dienen vor allem dazu, quantifizierbare Informationen über Parteiensysteme⁶⁷ zu generieren. Die Parteiensystemforschung verfügt jedoch noch nicht über einen allgemein akzeptierten Analyserahmen, der zur Strukturierung von Einzelsystemanalysen oder international vergleichenden Untersuchungen dienen könnte. Vielmehr findet sich eine breite Palette von rein qualitativen, qualitative und quantitative Ansätze verbindenden und rein quantitativen Arbeiten. Fruchtbar scheinen aber nur Arbeiten zu sein, die quantitative Daten in einen qualitativen Kontext stellen (Donovan/Broughton 1999: 255).

Typologie von Duverger

66 Pennings (1998) hat eindrucksvoll nachgewiesen, dass unterschiedliche Typologien zu unterschiedlichen Befunden gelangen können.

67 Eine detaillierte Darstellung dazu findet sich bei Niedermayer 1996, 2003.

Lange Zeit wurden Parteiensysteme jedoch nur nach numerischen Gesichtspunkten („Format“) eingeteilt: Einparteiensysteme, Zweiparteiensysteme und Mehrparteiensysteme (Hartmann 1979: 61). Dabei galten – mit Blick auf die USA und Großbritannien – Zweiparteiensysteme ursprünglich als eher stabil und Mehrparteiensysteme als tendenziell instabil. Die erste komparative Systemstudie wurde von Duverger 1951 in Frankreich vorgelegt. Er führte ein weiteres Kriterium ein, nämlich die Größe der Parteien bzw. die Machtverteilung innerhalb eines Parteiensystems, und unterschied zwischen einfachen Parteien, potenziellen Mehrheitsparteien, Mehrheitsparteien und (über einen längeren Zeitraum hinweg) herrschenden Parteien. Daraus ergaben sich zwei Typen von Mehrparteiensystemen: solche mit einer besonders starken oder gar herrschenden Partei und solche mit mehr oder weniger symmetrischer Machtverteilung (Duverger 1959: 316f.).

Die Typologie von LaPalombara/Weiner (1966: 22ff., 33ff.) berücksichtigte zudem die Wettbewerbssituation: Sie umfasste Nichtparteiensysteme, kompetitive und nicht-kompetitive Systeme. Kompetitive Systeme wurden darüber hinaus nach der Chance für einen Machtwechsel (hegemonic – turnover) und nach der Gesinnung (ideological – pragmatic) aufgeschlüsselt. Nicht-kompetitive Systeme unterteilten die Autoren in pluralistische, autoritäre und totalitäre Systeme. Daraus ergab sich folgende Typologie:

Typologie von LaPalombara und Weiner

- Non-party systems;
- Competitive systems:
 - hegemonic-ideological,
 - hegemonic-pragmatic,
 - turnover-ideological,
 - turnover-pragmatic;
- Non-competitive systems:
 - one-party pluralistic,
 - one-party authoritarian,
 - one-party totalitarian.

Blondel (1968) nahm ebenfalls die relative Stärke der Parteien in den Blick und gruppierte Parteiensysteme nach dem gemeinsamen Stimmenanteil der beiden größten Parteien: Bei einem Anteil von etwa 90 Prozent handele es sich um Zweiparteiensysteme, bei einem Anteil zwischen 75 und 80 Prozent um Zweieinhalbparteiensysteme. In Mehrparteiensystemen mit einer dominanten Partei betrage der gemeinsame Stimmenanteil 66 Prozent und in Mehrparteiensystemen ohne eine dominante Partei weniger als zwei Drittel.

Typologie von Blondel

Die Klassifikation von Sartori (1976: 125ff.) war dagegen für Jahrzehnte stilbildend. Sie kombiniert die Anzahl der Parteien sowie die sich daraus ergebende Fragmentierung eines Parteiensystems mit der ideologischen Polarisierung (auf der Links-Rechts-Achse). Die Einparteienstruktur korrespondiert mit der totalen Monopolisierung der Macht, Fragmentierung und Polarisierung existieren nicht.

Typologie von Sartori

Im polarisierten Pluralismus ist die Macht dagegen breit gestreut, das Parteiensystem stark fragmentiert und ideologisch hoch polarisiert:

Anzahl der Parteien	Machtverteilung/Fragmentierung/Polarisierung
One party	total monopoly
Two-party hegemonic	hierarchy (relaxed monopoly)
Two-party predominant	unimodal concentration (without alternation)
Moderate pluralism (bis zu fünf Parteien)	low fragmentation
Polarized pluralism (mehr als fünf Parteien)	polarization and high fragmentation

Typologie von Beyme

Beyme (1982: 312) baute auf der Klassifikation von Sartori auf und präsentierte zunächst folgende Typologie:

- Zweiparteiensysteme mit alternierender Regierung;
- Gemäßigter Pluralismus:
 - mit alternierenden Flügelparteien möglichst ohne Koalition,
 - mit alternierenden Flügelparteien mit dauerhaftem Koalitionspartner,
 - mit Koalitionen der Mitte oder großen Koalitionen;
- Polarisierter Pluralismus:
 - mit Fundamentaloppositionen, die die Mitte zerreißen,
 - mit abschwächender zentrifugaler Wirkung der Fundamentaloppositionen;
- Systeme mit einer hegemonialen Partei im polarisierten Pluralismus.

Später (2000: 159ff.) wollte er diese Typologie nur auf die „Parteiensysteme in der Ära der Volksparteien (70er Jahre)“ bezogen wissen und entwickelte sie wie folgt weiter:

- Zweiparteiensysteme mit alternierender Regierung (haben an Bedeutung verloren);
- Gemäßigter Pluralismus:
 - mit alternierender Regierung ohne Koalition,
 - mit alternierender Regierung mit Koalition,
 - mit Koalitionen der Mitte oder großen Koalitionen;
- Polarisierter Pluralismus:
 - mit Fundamentaloppositionen von rechts und links, in der die Mitte nicht mehr regierungsfähig ist,
 - mit regierungsfähigen Mittelparteien;
- Systeme mit einer dominanten Partei.

Defizite der existierenden Typologien

Die genannten Typologien eignen sich allerdings kaum zur Beschreibung der neueren Entwicklungen in den westeuropäischen Parteiensystemen. Selbst wenn nur Parlamentsparteien berücksichtigt werden, existieren keine reinen Zweiparteiensysteme mehr. Auch die Unterscheidung zwischen eher ideologisch und eher

pragmatisch ausgerichteten Parteien dürfte weithin hinfällig sein, jedenfalls mit Blick auf die Parlamentsparteien. Und spätestens mit dem Ende des Ostblock-Kommunismus ist auch kein stark polarisierter Pluralismus mehr zu beobachten. Denn fast alle kommunistischen Parteien haben ihre systemoppositionelle Haltung aufgegeben (Volkens/Klingemann 2005: 166), und damit fehlt den extrem rechten Parteien das Gegenstück am linken Rand des politischen Spektrums. Mit Blick auf die Typologie Sartoris resümiert Mair (1997: 206): „Most systems tend to crowd into the category of moderate pluralism, which clearly reduces the discriminating power of the typology.“ Diesen Einwänden will Ware (1996: 162) Rechnung tragen, der eine Typologisierung nach der Anzahl der relevanten, parlamentarisch erfolgreichen Parteien unter Berücksichtigung ihrer relativen Größe vorschlägt:

- a. Predominant party systems: More than one relevant party but only one party ever controls the legislature. Typologie von Ware
- b. Two-party systems: One of two parties nearly always wins at least 50 percent of legislative seats.
- c. Two-and-a-half party systems: Often no one party wins 50 percent of legislative seats. Two larger parties usually win at least 80 percents of seats, while one other party wins sufficient seats to hold the balance of power.
- d. Systems with more than two-and-a-half parties:
- (1) Systems with one large party and several much smaller parties: One large party usually wins at least 45 percent of legislative seats but not 50 percent of them.
 - (2) Systems with two large parties: Two parties usually obtain more than 65 percent of legislative seats but no other party obtains more than 14 percent.
 - (3) Even party systems: Systems with more than two-and-a-half parties in which the largest party obtains less than 45 percent of legislative seats and the two largest parties obtain less than 65 percent of seats.

Daraus ergeben sich folgende Parteiensystemtypen, die auf der Anzahl der Parlamentssitze beruhen:

- Parteiensysteme mit einer hegemonialen Partei;
- Zweiparteiensysteme;
- Zweieinhalbparteiensysteme;
- Mehrparteiensysteme mit einer dominanten Partei;
- Mehrparteiensysteme mit zwei dominanten Parteien;
- ausgeglichene Mehrparteiensysteme.

Das Konzept von Mair (1997: 212) bezieht sich dagegen nur auf ein als besonders wichtig erachtetes Merkmal von Parteiensystemen, das seiner Meinung nach deutlich zwischen den Systemen trennt, nämlich auf die Struktur des Wettbewerbs um Regierungsbeteiligungen. Es unterscheidet zwischen geschlossenen und offenen Wettbewerbsstrukturen:

Typologie von Mair

Closed structure of competition	Open structure of competition
Wholesale alternation in office or non alternation in office ⁶⁸	Partial alternation or mix of both partial and. wholesale alternation ⁶⁹ .
Familiar governing formulae ⁷⁰ .	Innovative governing formulae ⁷¹ .
Access to government restricted to a limited numbers of parties	Access to government open to (almost) all parties.

Typologie von Donovan und Broughton

Einen ähnlichen, auf die Ausübung von Staatsmacht gerichteten Ansatz verfolgen Donovan und Broughton (1999: 268ff.), wenn sie sich auf das von Smith (1989a) eingeführte Konzept „core of a party system“ stützen. Danach bilden die „key players in government formation“ die Kernelemente von Parteiensystemen. Entscheidend ist also die Fähigkeit bzw. Bereitschaft von Parteien, einen „governing bloc“ zu bilden. Donovan und Broughton entwickeln aus dieser Perspektive vier für die Struktur eines Parteiensystems bedeutsame Parteitypen:

- unbedeutende Parteien („weak and with no potential bloc partner“);
- periphere Parteien (“weak, but potentially part of a governmental bloc”⁷²);
- externe Kernparteien (“strong enough to influence government formation, but no part of a governmental bloc”⁷³);
- Kernparteien (“part of a bloc or able to govern alone”).

6.2 Zum Wandel von Parteiensystemen

Während die Forschung für die Strukturanalyse von Parteiensystemen überzeugende Konzepte und Indikatoren entwickelt hat, tut sie sich mit dem Wandel von Parteiensystemen weitaus schwerer. Die drei Schlüsselfragen „Von wo nach wo?“, „Wie?“ und „Warum?“ sind noch längst nicht zufrieden stellend beantwortet.

68 Vollständige Regierungswechsel, wobei die Regierung(skoalition) komplett durch eine oder mehrere frühere Oppositionsparteien ersetzt wird, oder keine Regierungswechsel (z.B. Schweiz).

69 Partielle Regierungswechsel (an der neuen Regierung sind sowohl ehemalige Regierungsparteien als auch ehemalige Oppositionsparteien beteiligt) oder Mix aus vollständigen und partiellen Regierungswechseln.

70 Koalitionsbildungen erfolgen über längere Zeit hinweg stets nach demselben Muster.

71 Koalitionsbildungen erfolgen nach unterschiedlichen Mustern.

72 Als Beispiele werden die FDP in Deutschland, die FPÖ in Österreich und die französischen Kommunisten (PCF) genannt.

73 Als Beispiel werden die italienischen Kommunisten (PCI) genannt.

tet. Und daher mangelt es auch an verlässlichen Indikatoren für „party system change“, sieht man einmal von der Volatilität ab, die sich allerdings lediglich auf die Nettoveränderungen der Parteienteile bei zwei aufeinander folgenden Wahlen bezieht.

Ganz allgemein bedeutet Parteiensystemwandel die Veränderung von wesentlichen Strukturmerkmalen eines Systems: „Party system change occurs when a party system is transformed from one class or type into another“ (Mair 1997: 51f.). Um das Ausmaß des Wandels genauer zu bestimmen, hat Smith (1989b: 353f.) ein Vier-Stufen-Konzept entwickelt:

Parteiensystemwandel -
Begriffsbestimmung

- temporäre Fluktuationen (ohne dauerhaften Effekt auf das Parteiensystem);
- begrenzter Wandel (Veränderung nur weniger Strukturmerkmale);
- genereller Wandel (Veränderung vieler Strukturmerkmale);
- Transformation (Veränderung aller Strukturmerkmale).

Als allgemeine und problemlos quantifizierbare Indikatoren für die Beschreibung des langfristigen Parteiensystemwandels werden vor allem die Parteiidentifikation, Mitgliederzahlen, die Anzahl der Parteien und die Volatilität herangezogen⁷⁴. Dass einzelne Autoren mit einer wesentlich breiteren Datenbasis arbeiten, verdient wohl keiner besonderen Erwähnung⁷⁵. Nach den Ergebnissen fand, grob gesprochen, in Westeuropa ein Prozess der Ausdifferenzierung des Parteiwesens statt. Ehemals dominante Systeme haben sich für mehr Wettbewerb geöffnet (Boucek 1998) und die Systemstrukturen sind heute ausbalancierter als früher (Donovan/Broughton 1999). Da die Einbeziehung aller Systemeigenschaften bei der Erforschung des Wandels sehr aufwendig ist und kaum zu klaren Ergebnissen führt, besteht eine Tendenz zur Konzentration auf die wesentlichen Merkmale („core components“) eines Parteiensystems. Bei Pennings und Lane (1998: 5) handelt es sich dabei beispielsweise um die Anzahl der Parteien, um die Distanz zwischen ihnen sowie um deren Größe. Die Autoren favorisieren drei Stadien des Systemwandels:

Merkmale des Parteiensystemwandels

“Change is radical if it occurs within a few years and if it affects the inter-party relations significantly. Change is gradual if it takes one or more decennia to affect the inter-party relationship in a significant way. We speak of party system stability [...] when the relationships between parties are more or less fixed owing to the prevailing rules and institutions that favor dominant players within the party system” (ebd.: 3).

74 Vgl. dazu die Datensammlung bei Ladner 2004.

75 Neuerdings z.B. Dalton/McAllister/Wattenberg 2005, Ersson/Lane 1998, Pennings/Lane 1998.

cleavage-Modell

Auch Mair bedient sich bei der Analyse des Systemwandels seines bereits erwähnten Modells, das auf die Wettbewerbsstrukturen um Regierungsbeteiligungen zielt (Mair 1997: 212). Substantiellere Aussagen über den Systemwandel ergeben sich aus der „Freezing-Defreezing“-Debatte um die Gültigkeit des Cleavage-Modells von Lipset/Rokkan (1967: 50): „The party systems of the 1960's reflect, with few but significant exceptions, the cleavage structures of the 1920's.“ Konsens scheint darüber zu herrschen, dass es keine eingefrorenen Parteiensysteme mehr gibt. Die Bedingungen für einen Systemwandel seien besser geworden, weil sich die Bindungen zwischen Parteien und Wählern gelockert haben (Pennings/Lane 1998: 18)⁷⁶. Während einige Autoren mit Hinweis auf den Bedeutungsrückgang des „class voting“ Konflikttheorien heute als ungeeignet für die Systemanalyse erachten (z.B. Mair 1997: 3ff., Donovan/Broughton 1999), beleben andere angesichts des Aufblühens neuer Parteien die „Dealignment-Realignment“-Debatte neu. Anregend ist in diesem Zusammenhang der Beitrag von Kitschelt (1997), der an der Tragfähigkeit des Cleavage-Konzepts für die Analyse des Parteienwettbewerbs festhält. Er unterscheidet drei Wettbewerbstypen: Wettbewerb entlang einer – der sozialstrukturellen – Konfliktlinie (Großbritannien, Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden, Frankreich, Griechenland, Portugal und Spanien), entlang von zwei Konfliktlinien, nämlich Sozialstruktur und Religion (Österreich, Deutschland, Niederlande, Schweiz und Italien) und schließlich entlang von mehreren Konfliktlinien (darunter vor allem Ethnizität bzw. Nationalität), wie etwa in Belgien oder Irland (teilweise übrigens auch in Deutschland, Italien und Spanien).

Drei Ebenen des Parteiensystemwandels

Parteiensystemwandel findet nach Kitschelt auf drei Ebenen statt: Auf der ersten Ebene passen sich die bestehenden Parteien organisatorisch und programmatisch den veränderten Bedürfnissen der Wähler an, ohne dass sich die Konfliktlinien und Parteienkonstellationen verändern; auf der zweiten Ebene treten neue Parteien in die (ansonsten unveränderte) Wettbewerbsarena ein, weil die Etablierten den Bedürfnissen im Elektorat nicht hinreichend Rechnung tragen; auf der dritten Ebene verändern sich auch die Konfliktlinien und Problemhaushalte (Umweltschutz, Immigration etc.): „New issues sprawn new parties“ (ebd.: 135). Die dritte Ebene des Systemwandels bedeutet mithin den eigentlichen qualitativen Sprung, weil sich in Folge des sozialen, wirtschaftlichen, technologischen und des Wertewandels auch die Parteiensysteme grundlegend wandeln. Der Parteienwettbewerb vollzieht sich nach Kitschelt nicht mehr nur entlang der Konfliktlinie „wohlfahrtsstaatliche Umverteilung versus Marktfreiheit“, sondern auch entlang eines neuen Konflikts zwischen libertären und autoritären politischen Rezepten, der nicht nur die Entstehung neuer (ökologischer, rechtsextremer) Parteien begünstigt, sondern auch die Etablierten zu Anpassungsleistungen zwingt. Seit 1960 beobachtet Kit-

76 Die Ergebnisse der Linkage-Forschung, die zu einem differenzierteren Ergebnis gelangt, können hier nicht dargestellt werden. Vgl z.B. Poguntke 2000, 2005.

schelt Parteiensystemwandel vor allem auf der ersten Ebene. Gleichzeitig falle der Wandel auf der dritten Ebene zwar moderat aus, allerdings dürften dabei die Rückwirkungen auf die erste Ebene nicht übersehen werden. „Level II change“ sei dagegen völlig bedeutungslos.

Die Ursachen für den Wandel von Parteiensystemen sind vielfältiger Art. Sie resultieren einerseits aus den ökonomisch-sozialen und politisch-kulturellen Veränderungen moderner Industriegesellschaften, aber diese Veränderungen schlagen sich nicht eins zu eins in den Parteiensystemen nieder. Die Ursachen sind daher andererseits auch bei den Parteien selbst zu suchen: in ihrer (Un-)Fähigkeit, angemessen auf die gesellschaftlichen Herausforderungen (Luther/Müller-Rommel 2005a: 10ff.) zu reagieren.

Vielfältige Ursachen für den Wandel von Parteiensystemen

Der neuen Wettbewerbskonstellation „grün-libertäre versus ethnozentristisch-autoritäre Parteien“ geht Niedermayer (2003) nach und bestätigt, dass dieser Konflikt mittlerweile prägend für die westeuropäischen Parteiensysteme ist. Allerdings sind Differenzierungen zu beachten:

Neue Wettbewerbskonstellation „grün-libertäre versus ethnozentristisch-autoritäre Parteien“

„Die stürmische Aufwärtsbewegung des durchschnittlichen Anteils grün-libertärer Parteien an den Wählerstimmen und Parlamentssitzen seit Beginn der Achtzigerjahre hat sich spätestens seit Mitte der Neunzigerjahre abgeflacht, während die ethnozentristisch-autoritären Parteien zunächst bis Mitte der Achtzigerjahre einen leichten Rückgang erlebten, seither jedoch in einer rasanten Aufwärtsbewegung begriffen sind, ihren Gegenpol seit Anfang der Neunzigerjahre überholt haben und heutzutage weit stärker sind als die grün-libertären Parteien“ (Niedermayer 2003: 283).“

Diese Gegenüberüberstellung libertärer und autoritärer Erfolge verweist gleichzeitig auf das Problem der Polarisierung: eine häufig genannte Eigenschaft von Parteiensystemen, die allerdings eine höchst uneinheitliche Operationalisierung erfährt. Zum einen wird die Analyse aufgrund unterschiedlicher Datenquellen vorgenommen, beispielsweise durch die Auswertung von Parteiprogrammen, durch Erhebung von Experten-, Wähler- und Mitgliedermeinungen oder durch die Messung der Selbsteinschätzungen von Wählern oder Mitgliedern einer Partei. Zum anderen wird die ideologische Distanz innerhalb eines Parteiensystems zwischen den jeweiligen Randparteien (wie beispielsweise bei Niedermayer) oder lediglich zwischen den beiden größten Parteien der Mitte erhoben. Weiterhin ist die Grundlage der verschiedenen Operationalisierungen umstritten: Ideologische Distanz und damit die Polarisierung eines Parteiensystems werden fast durchgängig (Ausnahme: Kitschelt) entlang einer eindimensionalen Links-Rechts-Achse gemessen, wobei in der Parteienliteratur inzwischen weithin Einigkeit darüber herrscht, dass die den einzelnen Parteiensystemen zugrunde liegenden Konfliktlinien zahlreicher und differenzierter sind als die Dualität zwischen linken und rechten ideologischen Positionen. Dennoch ist unstrittig, dass die Links-Rechts-Dimension nach wie vor Struktur bildend auf das Parteiwesen wirkt. Die Wähler-

Problem der Polarisierung anhand des Links-Rechts-Schemas

anteile von Parteien der Linken, der Mitte und der Rechten haben sich in Westeuropa während der gesamten Nachkriegszeit offenbar kaum verändert (Pennings/Lane 1998: 15). Quantitative Inhaltsanalysen aller westeuropäischen Parteiprogramme seit 1945 der „Manifesto Research Group“ (Volkens/Klingemann 2005) bestätigen die Erklärungskraft des Links-Rechts-Schemas und der ideologisch-programmatischen Parteifamilien und offenbaren periodische Veränderungen in den programmatischen Distanzen und der Entwicklungsrichtung der Parteien eines Parteiensystems: so zum Beispiel abnehmende Unterschiede zwischen den vierziger und sechziger Jahren, wachsende Distanzen in den siebziger und achtziger Jahren und dann wieder abnehmende Unterschiede in den achtziger und neunziger Jahren. Die etablierten Parteien haben sich demnach in der Vergangenheit zunehmend den neuen politischen Problemen angenommen, vor allem dem Schutz der Umwelt, jedoch widmeten sich die ökologischen Parteien dieser Thematik nach wie vor intensiver als jede andere Parteifamilie. Hinsichtlich der Entwicklungsrichtung ist bei vielen Parteifamilien zwischen den vierziger und den sechziger Jahren ein Linkstrend zu beobachten, danach tendierten sie in die entgegengesetzte Richtung. Insbesondere die Parteien des linken Spektrums haben sich in jüngster Zeit der Position der Mitte-Rechts-Parteien angenähert. Azmanova (2004) glaubt sogar, dass dieser Anpassungsprozess seit Ende der neunziger Jahre zu einem dramatischen Machtverlust der westeuropäischen Linksparteien geführt hat. Darauf wird später zurück zu kommen sein.

Insgesamt wird heute kaum bezweifelt, dass sich die westeuropäischen Parteiensysteme seit 1945 verändert haben, vor allem seit den sechziger Jahren. In den folgenden Abschnitten wollen wir diesen Wandel an Hand der 19 Länderkapitel des vorliegenden Bandes genauer betrachten. Zunächst werden wir die Systemeigenschaften darlegen, die in den Vergleich eingehen. Sie bilden die Grundlage für die stichwortartigen, Kurzcharakteristiken der 19 Parteiensysteme sowie für die anschließende Gesamtanalyse.

6.3 Vergleichskriterien für die Analyse der Parteiensysteme dieses Bandes

Der Vergleich der 19 Parteiensysteme wird dem Mainstream der Forschung folgend entlang von „core components“ vorgenommen. Berücksichtigt werden nur Parlamentsparteien (Ausnahme: Volatilität). Dabei handelt es sich um eine auf die einflussreichen Parteien zugespitzte Betrachtungsweise, die dennoch gerechtfertigt erscheint, weil nur durch eine konsequente Komplexitätsreduktion die Entwicklung von sehr unterschiedlichen Systemen vergleichbar wird. Da die Feinanalyse in den Einzelbeiträgen erfolgt, entsteht mit diesem Vorgehen kein Informationsverlust. Bei der Auswahl der (qualitativen und quantitativen) Vergleichskriterien ließen wir uns von pragmatischen Gesichtspunkten leiten: Wir ziehen nur solche Strukturmerkmale heran, die in den (meisten) Einzelbeiträgen berücksichtigt sind und bedienen uns nur ausnahmsweise ergänzender Informatio-

nen aus der Literatur. Mit diesem Vergleich wird schließlich keine eigene empirische Forschungsleistung angestrebt, sondern lediglich eine Gesamtbetrachtung der in diesem Band behandelten Parteiensysteme.

Zur Bestimmung des Systemtyps bedienen wir uns des bereits vorgestellten Konzepts von Ware (1996). Dabei ist zu beachten, dass es sich nicht auf Stimmenanteile, sondern auf Mandatsanteile der Parlamentsparteien gründet. Da der politische Einfluss von Parlamentsparteien eher von der Anzahl ihrer Abgeordneten als von der Anzahl ihrer Wähler abhängen dürfte, erscheint uns dieses Verfahren durchaus sachgerecht. Die so zustande gekommene Typologisierung der einzelnen Parteiensysteme entspricht allerdings nicht immer den Befunden in den Einzelbeiträgen. Das deutsche Parteiensystem ist beispielsweise nach der Ware-Typologie ein Zweieinhalbparteiensystem, denn CDU/CSU und SPD vereinigten bei 14 Bundestagswahlen über 80 Prozent der Sitze auf sich. Nur 1949 und 2005 wurde diese Marke jeweils unterschritten. Auf der Basis von Stimmenanteilen wäre das deutsche Parteiensystem allerdings als ein Mehrparteiensystem mit zwei dominanten Parteien zu charakterisieren.

Bestimmung des Systemtyps

Ergänzend zum Systemtyp werden wir auch die parlamentarische Fragmentierung, also den Grad an Zersplitterung oder Konzentration auf Parlamentsebene berücksichtigen. Darüber hinaus erscheint es sinnvoll, zusätzlich die Größenrelation nur der beiden stärksten Parteien zu betrachten. Wenn Parteiendemokratie als System potenziell alternierender Parteiregierungen gesehen wird, kommt der prinzipiellen Chancengleichheit zum Machtgewinn überragende Bedeutung zu, und das Ausmaß, in dem diese Chancengleichheit durch längerfristige strukturelle Vorteile einer Partei im Machtwettbewerb gefährdet ist, wird durch den Grad an struktureller Asymmetrie eines Parteiensystems angezeigt. Gemessen wird diese Eigenschaft durch die Differenz der Stimmenanteile der beiden größten Parteien.

Parlamentarische Fragmentierung und Größenrelation der stärksten Parteien

Die Systemtypen sind für sich genommen wenig aussagekräftig, wenn nicht auch die „klassische“ Fragestellung berücksichtigt wird, mit welcher Zielsetzung die Macht ausgeübt werden soll. Für die ideologisch-programmatische Charakterisierung der Parteien ziehen wir die bekannte Familientypologie heran:

Parteifamilien

<i>Ideologie/Programmatik</i>	<i>Richtung</i>
Kommunistische Parteien	Links
Sozialistische Parteien	
Grüne bzw. Ökologische Parteien	
Sozialdemokratische Parteien	
Liberale Parteien	Mitte
Linksliberale Parteien	
Rechtsliberale Parteien	
Bauern- bzw. Agrarparteien	
Christliche Parteien	Rechts
Konservative Parteien	
Rechtsextreme Parteien	

Probleme bei der
Zuordnung zu
Parteifamilien

Bei der Zuordnung der Parteien zu den ideologisch-programmatischen Familien treten Grenzfälle auf, die den unterschiedlichen politischen Kulturen in Westeuropa geschuldet sind. Im Vergleich zu den Verhältnissen in Deutschland besteht beispielsweise zwischen den beiden liechtensteinischen Parteien Vaterländische Union (VU) und Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) kein nennenswerter Unterschied: Beide würde man den christlichen Parteien zurechnen. Aus der Perspektive des Kleinstaats ist die VU allerdings eher liberal, die FBP eher konservativ ausgerichtet. In Portugal stufen wir die Sozialisten (PS) als sozialdemokratisch, die Sozialdemokraten (PSD) als rechtsliberal ein. Auch die allgemeinen Richtungsangaben beziehen sich auf die Verhältnisse in dem jeweiligen System und variieren daher teilweise beträchtlich von Land zu Land. In Dänemark ordnen wir beispielsweise die rechtsliberale Venstre in die politische Rechte ein, in Luxemburg weisen wir die Christdemokraten der politischen Mitte zu. Die beiden liechtensteinischen Parteien lassen sich weder rechts noch links einsortieren, sie werden der Mitte zugerechnet. Das italienische Parteiwesen sperrt sich seit 1994 – vor allem in Folge des Zusammenbruchs des bis dahin bestehenden Systems und der noch nicht endgültig geklärten Position der neuen Parteien – gegen die beabsichtigte Rubrizierung. Die aus dem neofaschistischen MSI hervorgegangene AN ordnen wir dem Rechtsextremismus zu, wenngleich die Führung bemüht ist, die Partei durch programmatische Revisionen in demokratisches Fahrwasser zu manövrieren. Die Forza Italia Berlusconi betrachten wir als Nachfolgerin der christdemokratischen DC und ordnen sie der politischen Rechten zu. Auch die Partei „La Margherita“ sieht sich teilweise in der Tradition der Christdemokraten, ist aber offenbar stark durch liberale Einflüsse geprägt und daher wohl eher der Mitte zuzurechnen (sie beteiligte sich bei der Wahl 2001 auch am Mitte-Links-Bündnis). Die (euro-)kommunistische PCI hat sich 1991 mit ihrer Umwandlung in die PDS zu einer sozialistischen Partei entwickelt. 1998 ist sie in den Linksdemokraten (DS) aufgegangen, die wohl ebenfalls als sozialistisch gelten können, jedoch stark sozialdemokratisch und teilweise auch libertär ausgerichtet sind.

Die Probleme bei der Bestimmung oder sogar Messung der Polarisierung eines Parteiensystems, also der Art und Stärke der den Wettbewerb prägenden Konfliktpositionen, wurden bereits erwähnt. Wir beschränken uns hier im Wesentlichen auf den Einfluss der Parteien an den rechten bzw. linken Rändern. Damit ist zugleich auf die Problematik von neuen Parteien verwiesen, zu denen nicht nur der neue, seit Mitte der siebziger Jahre virulente Rechtsextremismus, sondern auch die ökologischen Parteien zählen. Bei der Bestimmung der Wettbewerbsstruktur um Regierungsbeteiligungen orientieren wir uns an dem bereits dargestellten Modell von Mair (1997), berücksichtigen aber zusätzlich den Regierungstyp (Alleinregierung bzw. Koalitionsregierung) sowie die Abfolge unterschiedlicher Regierungstypen. Bei der Messung der Volatilität bedienen wir uns des gängigen Verfahrens. Die Stabilität eines Parteiensystems beurteilen wir entlang der Vorgaben von Smith (1989b).

Messkriterien für die folgende Typologisierung von Parteiensystemen

Dem folgenden Systemvergleich liegen damit zusammenfassend folgende Merkmale zu Grunde:

- *Systemtyp*: Typologie nach Ware (1996).
- *Parlamentarisches Format und Fragmentierung*: Anzahl und Größenverhältnisse der Parteien auf parlamentarischer Ebene.
- *Asymmetrie*: Strukturelles Dominanzverhältnis zwischen den bei den größten Parteien eines Systems.
- *Ziele*: Ideologie bzw. Programmatik der einzelnen Parlamentsparteien; ideologische Ausrichtung der Regierungspartei(en).
- *Randparteien*: Präsenz von Linksaußen- und Rechtsaußen-Parteien sowie von Grünen bzw. Ökologischen Parteien in nationalen Parlamenten.
- *Polarisierung*: Stärke und Art der zentralen inhaltlichen Konfliktlinien, die den Parteienwettbewerb prägen.
- *Volatilität*: Veränderungen im Wahlverhalten zwischen zwei aufeinander folgenden Wahlen.
- *Wettbewerbsstruktur* um Regierungsbeteiligungen nach Mair (1997).
- *Regierungstyp*: Alleinregierung bzw. Koalitionsregierung; Abfolge von unterschiedlichen Regierungstypen.
- *Stabilität*: Stabilität eines Parteiensystems oder Veränderung entlang der Intensitätsstufen von Smith (1989b).

Wenn die westeuropäischen Parteiensysteme in der Nachkriegszeit⁷⁷ miteinander verglichen werden sollen, sind grobe Vereinfachungen unvermeidbar, und die großzügige Anwendung der obigen Merkmale ist unabdingbar. Wenn beispielsweise Norwegen bis 1981 als Parteiensystem mit einer hegemonialen Partei bezeichnet wird, dann bedeutet das nicht, dass die Arbeiterpartei durchgängig die Legislative kontrollierte und die Regierung stellte. Das traf zwar in der Regel zu, es gab gelegentlich aber auch andere Regierungen. Aber bis zur Storting-Wahl

Grenzen der Typologie, Beispiele Norwegen und Irland

⁷⁷ Portugal, Spanien und Griechenland werden erst ab Mitte der siebziger Jahre betrachtet.

1981 waren die Sozialdemokraten die mit deutlichem Abstand stärkste Partei und bildeten zumeist (und alleine) die Regierung, auch wenn sie zuletzt die absolute Mehrheit der Parlamentssitze teilweise knapp verfehlte. Darüber hinaus kann das irische Parteiensystem selbst bei einer extensiven Auslegung der Vergleichsmerkmale nur teilweise berücksichtigt werden, weil sich die beiden maßgeblichen Parteien Fianna Fáil und Fine Gael der üblichen ideologisch-programmatischen Verortung auf der Links-Rechts-Skala entziehen. Auch werden Periodisierungen entsprechend der hier zu Grunde liegenden Merkmale vorgenommen und entsprechen daher nicht notwendigerweise immer den Phaseinteilungen in den Beiträgen dieses Bandes. Grundsätzlich bezieht sich die Betrachtung der Entwicklungstrends auf die gesamte Periode seit 1945. Allerdings wird vor allem die Zeit ab den sechziger Jahren in den Blick genommen. Denn für alle westeuropäischen Parteiensysteme gilt, dass sich signifikante Systemveränderungen frühestens ab diesem Zeitpunkt nachweisen lassen.

6.4 Stichwortartige Kurzcharakteristiken der einzelnen Parteiensysteme dieses Bandes

Island:

Mehrparteiensystem mit einer dominanten Partei (Konservative). Zumeist Mitte-Rechts-Koalitionen, abwechselnd unter Führung der Konservativen oder der Bauernpartei. (Euro-) Kommunisten und Sozialdemokraten 2000 in „Allianz“ (Sozialdemokraten) aufgegangen, ebenso eine Frauenliste, die 1983-1995 parlamentarisch vertreten war. Ökologische Partei seit 1999 im Parlament. Keine rechtsextreme Partei. Offener Wettbewerb.

Norwegen:

Bis 1961 Parteiensystem mit einer hegemonialen Partei (Sozialdemokraten) und Alleinregierungen der Sozialdemokraten. 1961-1981 Mehrparteiensystem mit einer dominanten Partei (Sozialdemokraten). 1981-1989 Mehrparteiensystem mit zwei dominanten Parteien (Sozialdemokraten, Konservative). Seit 1989 ausgeglichenes Mehrparteiensystem. Seit 1961 Wechsel von sozialdemokratischen Alleinregierungen und – zumeist von den Konservativen geführten – bürgerlichen Koalitionen. 2005 erstmals Koalition aus Sozialdemokraten und Sozialisten. Kommunisten bedeutungslos. Sozialisten dauerhaft parlamentarisch repräsentiert; seit 2005 Regierungsbeteiligung. Keine ökologische Partei im Parlament, aber „Grünfärbung“ der Sozialisten und der Bauernpartei. Rechtsextreme seit 1973 Mandate; zeitweilig Tolerierung einer bürgerlichen Koalition. Geschlossener Wettbewerb.